

DER ROTE BÖRSENKRACH

STUDIEREN UND ARBEITEN WIRD MÖGLICH

- Universitätskurse (UK) in allen Pflichtfächern abgeschafft
- Mehrere Prüfungsantritte pro Semester

SPIELTHEORIE ALS PFLICHTFACH ABGESCHAFFT

- weniger Pflichtfächer
- mehr Freiheit im Wahlbereich

* Wir müssen euch leider enttäuschen, aber solche progressiven Entwicklungen würde das VWL-Institut niemals erlauben. Wenn wir das wollen, müssen wir uns das selbst erkämpfen.

VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

GEMEINSAME LV-PLANUNG VON STUDIS UND LEHRENDEN

- in regelmäßigen offenen Planungstreffen
- mehr Selbstorganisierte Lehrveranstaltungen (SOLVs) von Studierenden

VERTIEFUNG DER MITBESTIMMUNG IM STUDIUM

- Studierende bekommen als größte Gruppe in allen Gremien 50% Stimmenanteil (bisher max. 33%)

* Wir müssen euch leider enttäuschen, aber solche progressiven Entwicklungen würde das VWL-Institut niemals erlauben. Wenn wir das wollen, müssen wir uns das selbst erkämpfen.

VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

PLURALE LEHRE WIRD FORCIERT

- neue Professur für heterodoxe Ökonomie
- mehr marxistische, (post-)keynesianische, feministische und österreichische Ökonomie

FOKUS KÜNFTIG AUF POLITISCHER ÖKONOMIE

- 10 Jahre Krise – was hat sich verändert?
- Wie hängen Ökonomie und Gesellschaft zusammen?

* Wir müssen euch leider enttäuschen, aber solche progressiven Entwicklungen würde das VWL-Institut niemals erlauben. Wenn wir das wollen, müssen wir uns das selbst erkämpfen.

BEKENNTNIS DER UNI ZUR AUFKLÄRUNG

- Uni wird Faktor zur gesellschaftlichen Emanzipation
- Kritik an traditionellen Denkweisen und Autoritäten

AUFKLÄRUNG HEISST HERRSCHAFTSKRITIK

- Kritik und Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse
- Zwänge (auch Arbeitszwang) werden abgeschafft (Studieren *ohne* Lohnarbeit!)

* Wir müssen euch leider enttäuschen, aber solche progressiven Entwicklungen würde das VWL-Institut niemals erlauben. Wenn wir das wollen, müssen wir uns das selbst erkämpfen.

INHALTSVERZEICHNIS

- 4 Studium umstrukturieren - Was notwendig ist
- 19 Wie Krisen entstehen
- 20 Ergebnisoffen und kritisch zugleich
- 21 Kritik am Klimadiskurs
- 24 Untersuchung des „Handbuchs freier Politik“ der FPÖ auf antifeministische und antigenderistische Positionen

Du erreichst uns über folgende Kanäle:

E-mail: stvwvl@univie.ac.at

Tel.: +431 427719634

Facebook: Roter Börsenkrach

www.roterboersenkrach.at

Darüber hinaus kannst du jederzeit bei uns in der Schildburg (unser Büro) vorbeikommen! Du findest uns am Oskar-Morgenstern-Platz 1, Raum 01.137 (1. Stock). Zu unseren Journdienstzeiten ist garantiert jemand da, oft kannst du aber auch außerhalb dieser Zeiten jemanden antreffen.

Journdienste im WS 18/19 (mit Ausnahme von vorlesungsfreien Tagen):

Dienstags: 13:00 – 15:00 Uhr in der Schildburg

Donnerstags: 11:00 – 13:00 Uhr in der Schildburg

Plenum:

Unsere offenen Plena finden im Wintersemester 2018/19 wöchentlich, Freitags um 16:30 in der Schildburg statt. Der Termin für Sose2019 wird auf Facebook bekanntgegeben.

Liebe Menschen,

Nach mehr als einem Jahr Pause und pünktlich zu den Semesterferien gibt's endlich eine neue Ausgabe des Roten Börsenkrachs. Damit kommt in den Ferien garantiert keine Langweile auf! Die Themen sind bunt gemischt: wir erläutern unsere Plakataktion vom November/Dezember 2018, debattieren über das Ziel kritischer Wissenschaft, zerlegen Lösungsvorschläge zur Bekämpfung des Klimawandels und machen den antifeministischen Kurs im Parteiprogramm der FPÖ sichtbar. Zwischendrin gibts eine Illustration zur Entstehung von Krisen im Kapitalismus und zum Abschluss ein Kreuzworträtsel.

Was uns die letzten Wochen wohl am meisten beschäftigt hat, sind die Reaktionen der Professor*innenschaft auf unsere Kritik an der Hochschullehre. Sie bestanden im Wesentlichen aus Ignoranz gegenüber den Lebensrealitäten von Studierenden (z.B. bzgl. der Vereinbarkeit von Studium und Beruf). Diese Reaktionen und die Absage der Instikon im vergangenen Sommersemester haben uns erneut verdeutlicht, welcher Platz Studierenden im Hochschulsystem zugesprochen wird. Wir wollen das ändern! Wir wollen endlich eine plurale Lehre und signifikante Verbesserungen für Studierende durchsetzen! Und wir werden nicht aufhören, bis wir dieses Ziel erreicht haben!

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe. Ihr seid mit einem abgedruckten Artikel nicht einverstanden? Kommt ins offene Plenum und diskutiert mit uns! Oder schreibt uns einen Leserbrief, einen kritischen Kommentar oder zeichnet eine Karikatur. Wir freuen uns über euer Feedback.

Euer RBK

VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

STUDIERN UND ARBEITEN WIRD MÖGLICH

- Universitätskurse (UK) in allen Pflichtfächern abgeschafft
- Mehrere Prüfungsanträge pro Semester

SPIELTHEORIE ALS PFLICHTFACH ABGESCHAFFT

- weniger Pflichtfächer
- mehr Freiheit im Wahlbereich



VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

GEMEINSAME LV-PLANUNG VON STUDIS UND LEHRENDEN

- in regelmäßigen offenen Planungstreffen
- mehr Selbstorganisierte Lehrveranstaltungen (SOLVs) von Studierenden

VERTIEFUNG DER MITBESTIMMUNG IM STUDIUM

- Studierende bekommen als größte Gruppe in allen Gremien 50% Stimmenanteil (bisher max. 33%)



VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

PLURALE LEHRE WIRD FORCIERT

- neue Professur für heterodoxe Ökonomie
- mehr marxistische, (post-)keynesianische, feministische und österreichische Ökonomie

FOKUS KÜNFTIG AUF POLITISCHER ÖKONOMIE

- 10 Jahre Krise – was hat sich verändert?
- Wie hängen Ökonomie und Gesellschaft zusammen?



Studium umstrukturieren – Was notwendig ist

SINKENDE STUDIEREN- DENZAHLEN ALS CHAN- CE EINER UMSTRUKTU- RIERUNG DES STUDIUMS

Das Institut für VWL der Universität Wien verzeichnet seit Jahren sinkende Studierendenzahlen (2018W: 579, 2017W: 637, 2016W: 763, 2015W: 835, 2014W: 903)¹. Entweder sinkt das Interesse am Studium der VWL allgemein oder aber unser Institut hat im Wettbewerb mit anderen VWL-Instituten (WU, JKU Linz, ...) bzw. anderen Fachrichtungen (Politikwissenschaften, Statistik, Soziologie, ...) das Nachsehen. Die Einführung eines Aufnahmeverfahrens für das Bachelorstudium ab dem Jahr 2014, hat diesem

¹ Siehe: <https://slw.univie.ac.at/wir-ueber-uns/koordination-studienservices/statistische-daten/>
Es ist anzumerken, dass der Rückgang der Studierendenzahlen nur zu einem geringen Anteil durch den Wegfall des Masterstudiums Quantitative Economics, Management and Finance erklärbar ist.

Trend sicher nicht entgegen gewirkt. Mittlerweile scheinen auch treibende Kräfte der Professor*innenschaft erkannt zu haben, dass es unter Umständen eine gute Idee sein könnte, die Meinung von Studierenden einzuholen, um das Studium attraktiver zu gestalten. Beispielsweise wurde vergangenes Sommersemester von Alejandro Cugat und Wieland Müller ein Fragebogen entworfen, der von fortgeschrittenen Bachelorstudierenden ausgefüllt werden sollte, um die Vorstellungen bzgl. des Masterstudiums bei uns an der Uni auszuforschen. Dieser Fragebogen bot tatsächlich auch Raum für kritische Anmerkungen, es wurde zB explizit nach dem Wunsch pluraler Forschung und Lehre oder nach der Vereinbarkeit von Studium und Arbeit gefragt. Uns wurden die Auswertungen dieses Fragebogens einige Monate vorenthalten, erst im Rahmen unserer Plakataktion

(siehe unten) und dem dadurch aufgebauten Druck, wurden uns die Ergebnisse übermittelt. Warum das so war, liegt vermutlich daran, dass einige der von uns (auch im Rahmen der Plakataktion) kritisierten Umstände bei vielen weiteren Studierenden auf Unverständnis stoßen (genauer weiter unten). Damit wäre dann hoffentlich die leidige Debatte darüber warum unsere "Minderheitenmeinung" überhaupt die Profs interessieren sollte und wer uns denn legitimiert – ein Vorwurf der regelmäßig von unterschiedlichen Institutsmitgliedern an uns gerichtet wird – vom Tisch. Die Tatsache, dass wir die Interessensvertreter*innen der Studierenden sind und unsere Positionen bei bisher jeder ÖH-Wahl (alle 2 Jahre) die meisten Stimmen eingefahren haben, reicht offensichtlich nicht. In der Vergangenheit haben wir also trotz einer offensichtlichen Angewiesenheit des Instituts auf Studierenden-

meinung einen gleichzeitigen Abbau studentischer Mitbestimmung erlebt. Folgendes Beispiel soll diesen Abbau illustrieren.

DEMOKRATIEPOLITISCHES VERSAGEN DES INSTITUTS

In den vergangenen Jahren wurden wir einmal im Semester zur sogenannten Institutskonferenz (Instikon) – eine Besprechung bei der das gesamte Institut über anstehende Institutspolitik diskutiert (Berufungen, öffentlicher Auftritt, etc.) – geladen, bei der wir unsere Anliegen einbringen konnten. Das ist die einzige Möglichkeit für die Studierendenvertretung

dem die Instikon stattfinden sollte, wurde von der Institutsvorständin die Besprechung nur wenige Stunden vor dem offiziellen Termin abgesagt. Die offizielle Begründung: es wurden nicht ausreichend (wichtige) Punkte für eine Diskussion eingereicht. Selbst wenn wir die einzigen gewesen wären, die Punkte eingebracht hätten, wäre dieses Vorgehen absolut inakzeptabel. An dieser Stelle möchten wir betonen, dass es uns nicht reicht, einzig die damalige Institutsvorständin in die Pflicht zu nehmen, denn unserem damaligen Aufruf trotzdem zur Instikon zu erscheinen und Studierendenanliegen zu diskutieren, ist mit Ausnahme von einer Person niemand nachgekommen. Ein paar weitere haben uns per Mail privat mitgeteilt, dass sie die Ent-

Sucht die Diskussion mit euren Lehrenden, fordert Inhalte die ihr gelehrt haben wollt, fordert flexiblere Kursleistungen ein!

dies vor versammeltem Institut zu tun und wir bekommen diese Möglichkeit nur einmal im Semester. Bei der für Ende Juni angesetzten Instikon im SoSe 2018 haben wir wie immer unsere Punkte im Voraus der Institutsvorständin (damals Monika Merz) mitgeteilt. Wir wollten über den oben erwähnten Fragebogen diskutieren bzw. die Ergebnisse einfordern und Stellung dazu beziehen. Weiters wollten wir Vorschläge einbringen, wie das Studium aus Sicht der Studierenden verbessert werden soll – wir dachten mit diesem Anliegen würden wir offene Türen einrennen, denn offensichtlich soll das Studium attraktiver gestaltet werden. Und wer sollte da schließlich eine bessere Meinung haben als eben jene die es betrifft: Studierende. Der weitere Verlauf aber war gelinde gesagt undemokratisch. Am Tag, an

scheidung auch nicht richtig fanden. Das war also kein demokratisches Versagen einer Einzelperson, sondern einer überwiegenden Mehrzahl der Institutsmitglieder. Auch wenn der aktuelle Institutsvorstand Gerhard Sorger anscheinend versucht den vermeintlichen Normalzustand wieder herzustellen (wir haben bei der Instikon am 5. Dez. 2018 wieder teilgenommen), kann das für uns nicht bedeuten, diese Aktion unkommentiert zu lassen. Denn unsere Partizipation darf nicht von der Willkür Einzelner abhängen. Sonst besteht immer die Gefahr zur Tendenz, Mitsprache von Studierenden auf ein Minimum zu reduzieren, wenn die Auseinandersetzungen für das Institut zu konfrontativ werden. Auf eine offizielle Entschuldigung für diese Vorgehensweise warten wir übrigens bis heute.

WAS WIR FORDERN

Aus eben diesen Gründen (Vorenthalt relevanter Informationen, sinkende Studierendenzahlen und willkürlicher politischer Ausschluss der gewählten Studierendenvertretung) haben wir uns dazu entschlossen, unsere Anliegen einmal mehr öffentlich einzufordern, in der Hoffnung damit eine breite Diskussion unter Studierenden und Lehrenden anzustoßen und Partizipation nicht lediglich auf die gewählte Studierendenvertretung zu beschränken. Sucht die Diskussion mit euren Lehrenden, fordert Inhalte die ihr gelehrt haben wollt, fordert flexiblere Kursleistungen ein, fordert die Mitsprache bei Berufungen für neue Professuren usw. Denn letztendlich seid ihr es, die dieses Studium absolvieren, ihr kennt eure Interessen und Lebensumstände am besten und wisst wie sich das im Studium niederschlagen muss!

Unsere Plaktaktion, die wir hier nochmal genauer vorstellen wollen, hatte für uns mehrere Zwecke. Zum einen sollte sie als Diskussionsanstoß für uns alle darüber dienen, wie das Studium aussehen sollte/könnte. Damit stellt sie keinen unveränderbaren Kriterienkatalog für ein anderes Curriculum auf, sondern weist vielmehr auf Problemfelder und Unsinnigkeiten in den bestehenden Curricula hin und skizziert Alternativen. Andererseits ging es auch sehr wohl darum, öffentlich Druck aufzubauen und das Institut daran zu erinnern, dass wir Studierenden bereit sind, lautstark mehr Selbstbestimmung einzufordern.

Vier thematische Plakate haben wir erstellt und diese auf dem gesamten Fakultätsgebäude platziert. Hier die Plakate, unsere entsprechenden Ausführungen und einige Kommentare seitens des Instituts.

VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

STUDIEREN UND ARBEITEN WIRD MÖGLICH

- Universitätskurse (UK) in allen Pflichtfächern abgeschafft
- Mehrere Prüfungsantritte pro Semester

SPIELTHEORIE ALS PFLICHTFACH ABGESCHAFFT

- weniger Pflichtfächer
- mehr Freiheit im Wahlbereich

* Wir müssen euch leider enttäuschen, aber solche progressiven Entwicklungen würde das VWL-Institut niemals erlauben. Wenn wir das wollen, müssen wir uns das selbst erkämpfen.



ROTER BÖRSENKRACH

<https://bagrurbk.wordpress.com>



Roter Börsenkrach



universität
wien

Fakultät für
Wirtschaftswissenschaften

VEREINBARKEIT VON STUDIUM UND ARBEIT ERMÖGLICHEN

Den Forderungen, Universitätskurse (UKs) in allen Pflichtfächern abzuschaffen und mehrere Prüfungsantritte pro Semester anzubieten, liegt dasselbe Motiv zugrunde: Bessere Vereinbarkeit von Studium und Arbeit.

Viele Studierende müssen auf die eine oder andere Art Lohnarbeit verrichten, um sich das Studium leisten zu können. Noch mehr Studierende arbeiten im umfassenderen Sinne, verrichten also (zusätzlich) Care-Arbeit, wenn sie sich um Angehörige kümmern oder Kinder erziehen usw. und/oder organisieren sich politisch.

Es mag stimmen, dass UKs gegenüber anderen Kursmodi gewisse Vorzüge haben, die Leistung ist immerhin keine punktuelle, denn theoretisch muss sich die Beurteilung aus mindestens zwei unterschiedlichen Kriterien speisen. Es könnte also beispielsweise die Ausarbeitung zwei etwas umfangreicherer Aufgaben über das gesamte Semester hinweg bei freier Zeiteinteilung gefordert werden. Faktisch wird bei uns aber der UK oft in einer Variante Vorlesung + Übung gehalten.

Mit dem riesigen Nachteil, dass es hier keine Wiederholungsantritte für den Prüfungsteil gibt (bei VOs müssten 4 Prüfungstermine – meist über mehrere Monate hinweg

– angeboten werden!). Dann wäre ein Umstieg auf ein klassisches VO+UE System tatsächlich eine Verbesserung. Das bedeutet aber nicht, dass wir grundsätzlich das VO+UE System für sonderlich erstrebenswert halten. Zu beachten ist noch, dass Leistun-

gen im Rahmen von UKs allesamt ausschließlich während des Semesters bzw. vor Beginn des nächsten Semesters erbracht werden dürfen, was die Flexibilität von Studierenden enorm einschränkt. Eine Woche krank zu sein (in der Woche der Endprüfung des UKs bspw.) kann dazu führen, dass das Studium um ein ganzes Jahr verzögert wird, denn alle Pflichtkurse (davon fast alle als UK gehalten) werden bei uns nur einmal im Jahr angeboten.

Hier sei darauf hingewiesen, dass selbst im Rahmen von UKs die meisten Lehrenden weit weniger umsetzen, als sie könnten, um Studierenden entgegenzukommen. Allerdings wollen wir hier drei Beispiele von Lehrenden anführen, die es versuchen:

Prof. Ana Begonia Ania Martinez bietet in Mikroökonomie für Bachelorstudierende immer einen Ersatzprüfungstermin am Ende des Semesters an, um die Note aus der Zwischenprüfung wieder wettzumachen (bzw. diese nachzuholen).

Prof. Konrad Podczek hält in Mathematics for Economists im Master drei Prüfungen, wovon allerdings nur die zwei besten zur Bewertung herangezogen werden.

“Wenn Studierende arbeiten müssen, können sie ja auf die FH wechseln!”

Prof. Gerhard Sorger bietet Studierenden einen Ersatztermin für verpasste Prüfungen an, ohne nach Gründen zu fragen.

Reaktionen auf diese Kritikpunkte seitens des Instituts sind unserer

Meinung nach zum Haare raufen. Sätze wie “Wenn Studierende arbeiten müssen, können sie ja auf die FH oder an die Fernuni Hagen wechseln”¹ (Schmidt-Dengler) oder “Das sind Angelegenheiten, die ihr mit ‘dem Staat’ klären müsst, dafür kann das Institut nichts” (Vlachos) oder “Wir bieten kein Teilzeitstudium an” (Sorger) blenden auf herablassende Art und Weise die Lebensrealität der meisten Studierenden aus (56,1% aller Bachelor- und Diplomstudierenden an öffentlichen Universitäten waren im Studienjahr 2015/16 erwerbstätig)². Extreme Anforderungen des Arbeitsmarktes und intensive Sorgeverpflichtungen sind wohl nichts, wofür sich Menschen frei entscheiden und das Institut hat trotz staatlichem Einfluss auf die Universitätsgesetzgebung sehr wohl Spielraum in der Gestaltung des Studiums. Wenn Daniel Garcia dann zugesteht, dass Studierende doch arbeiten, wird das unmittelbar relativiert, indem behauptet wird, sie arbeiteten meist ‘nur’ 12-14 Stunden wöchentlich.

Einige Lehrende geben wenigstens zu, dass sie UKs aus dem einfachen Grund bevorzugen, dass diese für sie einfach weniger Arbeit bedeuten. Andere versuchen es so darzustellen, als wäre es eine bewusste pädagogische (! nicht didaktische) Entscheidung. Denn es macht angeblich keinen Sinn, eine Übung getrennt von einer Vorlesung zu besuchen. Es wäre sogar rückständig, das so zu machen (Garcia). Dass es natürlich in alten Curricula so war und in allen technischen und naturwissenschaftlichen Fächern (das sind genau die Fächer an denen sich ja viele Institutsmitglieder orientieren und wie sie ihre Lehre verstehen) an der Uni Wien immer noch so ist, muss

¹ Alle hier angeführten Zitate entspringen

unserem Gedächtnisprotokoll der Institutskonferenz. Wir haben sie aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.

² Siehe: https://uniko.ac.at/modules/download.php?key=13584_DE_O&cs=4BAE

dann bedeuten, dass diese Studienrichtungen an der Uni Wien als rückständig zu verstehen sind, während die VWL die Speerspitze der modernen Didaktik bildet. Welcher pädagogische Nutzen daraus zu ziehen ist, dass Studis im Extremfall beim Verspassen einer Prüfung ein ganzes Jahr warten müssen, um beispielsweise ihr Studium abschließen zu können, bleibt unbeantwortet.

Gerhard Sorger bringt den offensichtlichen Interessenskonflikt auf den Punkt, wenn er feststellt "You (Studierende) don't want to delay your studies but we (Lehrende) don't want to delay our other work".

Festzuhalten ist an dieser Stelle auch, dass sich alle anwesenden Lehrenden bei der Instikon einig waren, Ersatztermine für Kursleistungen bei Krankheitsfällen anzubieten, wäre common sense. Wir möchten deshalb auch jene Institutsmitglieder an diesen common sense erinnern, die sich dieser Praxis bisher verweigern.

Immerhin gibt es aber neben den bereits oben erwähnten positiven Beispielen auch andere Institutsmitglieder, die ein vernünftigeres Verständnis von Lehre haben. Alejandro Cunat, aktueller Vize Studienprogrammleiter (SPL) möchte zwar nicht grundsätzlich am System der UKs rütteln, ist aber bemüht darum, den Rahmen auszuerschöpfen und Kompensationsleistungen für Studierende zu ermöglichen. Als Vize SPL bietet sich hier ev. die Möglichkeit an, generell Einfluss auf die Lehre zu nehmen und auch seinen Kolleg*innen ein anderes Prüfungskonzept nahezu legen. Am 17. Dezember hat Cunat dann auch ein Mail an alle Studierenden geschickt, in dem er seine Bereitschaft, Uks studierendenfreundlicher zu gestalten, betont und selbst ankündigt seine Lehre im kommenden Semester zum Teil als Vor-

lesung (VO) zu halten. Darin betont er auch, dass er seine Kolleg*innen dazu ermutigt, ihm gleich zu tun. Auch wenn wir diese Initiative schätzen, ist für uns klar, dass bei einer Beibehaltung der Kursstrukturen und des Curriculums die wesentlichen Probleme nicht behoben werden können.

INHALTLICHE EINSCHRÄNKUNG GEPAART MIT HOHEM PFLICHTANTEIL

Die stark einschränkenden Kursmodi sind eine Seite des Problems, der hohe Anteil an Pflichtfächern (die in eben jenen Modi gehalten werden) die andere. Ist Spieltheorie im Umfang von 12 Ects (sowohl Bsc als auch Msc) wirklich notwendig? Der starke Fokus auf Ökonometrie ist ebenfalls fragwürdig. Wir sagen nicht, dass diese Fächer nicht ihre Berechtigung hätten oder für viele Studierende nicht interessant wären, das bedeutet aber nicht, dass alle diese Kurse in diesem Umfang absolvieren müssen! Andere interessieren sich vielleicht mehr für Wirtschaftsgeschichte, Politische Ökonomie, etc. Es sollten alle ihren je individuellen Interessen nachgehen können.

In diesem Punkt können wir eine gewisse Spannung institutsintern feststellen. Aus persönlichen Gesprächen wissen wir von einigen Professor*innen, dass sie ebenso der Meinung sind, dass der Fokus sehr unausgeglichen ist. Und hier handelt es sich teilweise selbst um Personen, die Ökonometrie oder Spieltheorie als Forschungsgebiet haben. Dennoch scheint dies immer noch eine Meinung zu sein, die unter Kolleg*innen nicht gerne gehört ist, denn bei der Instikon ist hat uns diesbezüglich niemand öffentlich zugesprochen. Stattdessen

“ „You
(Studierende)
don't want
to delay your
studies but we
(Lehrende)
don't want
to delay our
other work. „

wurden wir damit konfrontiert, dass ohne einen Spieltheorie-Kurs zu besuchen, sich niemand Ökonom*in nennen dürfen sollte (Paul Pichler).

Dass aber die meisten Ökonom*innen vermutlich keine Ahnung von Wirtschaftsgeschichte oder der Geschichte ökonomischer Theorie haben und höchst wahrscheinlich nicht einmal einen analytischen Begriff des polit-ökonomischen Systems³ in dem wir aktuell leben haben, scheint kein Problem zu sein.

RADIKALE VORSCHLÄGE?

Was wir hier fordern und beschreiben, sind alles andere als radikale Vorschläge, all das wäre sehr einfach umsetzbar. Der einzige Grund, warum das nicht geschieht, ist der fehlende Wille seitens des Instituts.

3 Hier erlauben wir uns mal einen kleinen pädagogischen Hinweis: es handelt sich um Kapitalismus. Der ist echt urkompliziert, und ja den gibt es wirklich, und nein, er ist nicht einfach dasselbe wie Marktwirtschaft.

VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

GEMEINSAME LV-PLANUNG VON STUDIS UND LEHRENDEN

- in regelmäßigen offenen Planungstreffen
- mehr Selbstorganisierte Lehrveranstaltungen (SOLVs) von Studierenden

VERTIEFUNG DER MITBESTIMMUNG IM STUDIUM

- Studierende bekommen als größte Gruppe in allen Gremien 50% Stimmenanteil (bisher max. 33%)

* Wir müssen euch leider enttäuschen, aber solche progressiven Entwicklungen würde das VWL-Institut niemals erlauben. Wenn wir das wollen, müssen wir uns das selbst erkämpfen.



ROTER BÖRSENKRACH

<https://bagrurbk.wordpress.com>



Roter Börsenkrach



universität
wien

Fakultät für
Wirtschaftswissenschaften

STUDIUM VON STUDIS FÜR STUDIS

Vielen von euch ist die Selbstorganisierte Lehrveranstaltung (SOLV) ein Begriff. Gemeinsam mit anderen interessierten Studierenden organisieren wir jedes Semester zumindest eine davon.

Es geht dabei einerseits darum, Inhalte im Studium einen Platz einzuräumen, die zu kurz kommen oder schlicht fehlen. Beispielsweise hatten wir SOLVen zu Heterodoxer Ökonomie, Europäischer Wirtschaftspolitik, Macht und Ökonomie, Wissenschaftstheorie, Arbeit (neu) definieren oder aktuell zu Imperialismus.

Andererseits sehen wir die SOLV aber auch als Experimentierfeld um neue Kursmodi auszuprobieren. Wir versuchen immer wieder den unterschiedlichen Lebensrealitäten und Neigungen von Studis gerecht zu werden (auch wenn das in der Gesamtheit sehr schwierig ist), manche schreiben gerne Texte, andere halten lieber eine Präsentation (was wiederum für manche eine Qual sein kann) – im Idealfall gibt es viele Möglichkeiten und alle wählen dann die am besten zu ihnen passende. Auch wenn wir uns immer über zahlreiche aktive Teilnehmer_innen freuen, fordern wir keine Anwesenheitspflicht und halten die SOLV meist abends um auch Nicht-Studierenden und Berufstätigen eine Teilnahme zu ermöglichen.

Wir halten die SOLV für ein Erfolgsmodell, denn sie ermöglicht es, wie kaum eine andere Lehrveranstaltung, die Interessen der Studierenden ganz unmittelbar in den Studienalltag zu integrieren. Sie geht auf die Tatsachen ein, dass wir i) unsere Interessen selbst am besten kennen,

ii) wissen, wie wir den Studienalltag an unsere Lebensumstände anpassen müssen/können und iii) als Studierende selbst aktiver Teil des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses sind – dieser Punkt wird bei uns am Institut vielleicht sogar noch stärker vernachlässigt als die ersten beiden. Wir sind der Meinung, dass Forschung und Lehre zwei gleichberechtigte, notwendige Seiten derselben Medaille sind. Die Vorstellung, dass Lehre nur ein lästiges Anhängsel von Forschung sei (wie sie ev. von manchen Lehrenden vertreten wird), halten wir nicht nur für falsch, sondern für anti-aufklärerisch. Um die SOLV weiter zu institutionalisieren und Lehre als Teil einer akademischen Ausbildung im Studium zu berücksichtigen, fordern wir folgendes: Die SOLV sollte nicht nur ECTS Punkte für jene Studierenden bringen, die sie als Teilnehmer*innen absolvieren, sondern auch für jene, die sie organisieren. Die Organisation einer solchen SOLV wäre dann für die Organisator*innen als Wahlfach anrechenbar (das gibt es an einigen Unis in der Form schon, bspw. an der Uni Kassel in Deutschland).

STUDIUM VON LEHRENDEN FÜR STUDIS

Soweit, so gut. Aber der Großteil der Lehrveranstaltungen wird (noch?) nicht von Studis für Studis organisiert.

“Niemand will sich im Spital von Patient*innen operieren lassen.”

Stattdessen wird von Lehrenden ein fertiges Menü an Kursen präsentiert, das zu weiten Teilen nur noch verdaut

werden muss. Warum sollten nicht alle von Profs gehaltenen Kurse ebenfalls in Rücksprache mit Studis geplant werden? Für wen werden denn die Kurse gehalten? Ein paar Gespräche würden schon ausreichen um klar zu machen, dass wir vielleicht nicht in fünf aufeinanderfolgenden Kursen das Gefangengendilemma oder die Wohlfahrtstheoreme lernen wollen. Oder, dass wir UKs eigentlich blöd finden. Oder, dass wir in Makroökonomie vielleicht auch nicht-mikrofundierte Makro machen wollen bzw. überhaupt die Frage diskutieren wollen, ob eine Mikrofundierung überhaupt Sinn macht, etc. Nicht nur welche Inhalte wichtig und interessant sind, ist eine Frage die erst sinnvoll im Gespräch mit Studis zu klären ist, sondern auch, wie diese vermittelt werden.

Wir fordern daher, alle Lehrveranstaltungen mit Studierenden gemeinsam zu planen!

Damit meinen wir nicht, dass die Studierendenvertretung im 5. Stock (hier sind die meisten unserer Profs angesiedelt) von Tür zu Tür gehen und um einen Termin bitten. Vielmehr sollten Lehrende von sich aus auf Studierende zugehen, die Möglichkeit anbieten an der Kursplanung teilzunehmen – und zwar allen interessierten Studierenden.

An dieser Stelle möchten wir einige positiven Beispiele hervorstreichen, bei denen das zum Teil schon so gehandhabt wird/wurde:

Prof. Maarten Janssen bietet dieses Semester auf unser Anregen hin einen Kurs zur Methodologie der VWL an. Er hat uns bei einem Gespräch auch um inhaltliche Anregungen gebeten.

Prof. Karl Milford hat im Rahmen der Planung seiner Kurse zur Ökonomischen Theoriegeschichte regelmäßig Kontakt zu uns gesucht und

unsere Meinung eingeholt.

Prof. Konrad Podczeck hat gemeinsam mit uns die Lehrveranstaltung Marxistische Ökonomie – Alternativen zum Kapitalismus geplant. Basisdemokratisch wurde über Inhalt und Struktur des Kurses entschieden. Auch für kommendes Sommersemester planen wir wieder eine LV gemeinsam, diesmal mit dem Titel "Antikapitalistische Theorie und Praxis".

Unser Vorschlag, der Anrechenbarkeit der Organisation einer SOLV, wurde unter anderem mit der peinlichen Argumentation abgelehnt, dass das aus demselben Grund nicht gewollt ist, aus dem sich auch niemand von Patient*innen in einem Spital operieren lassen will (Alejandro Cuna). Abgesehen von der schon sehr ermüdenden und auf Milton Friedman zurückgehenden Analogie von VWL und Medizin, ist zu beachten, welchen Status VWL-Studierende hier einnehmen. Nämlich nicht jenen der Medizinstudierenden, sondern den der Patient*innen. Auf diesen Fehler hingewiesen äußerten sich manche Lehrende auch dahingehend, dass sie sich nicht einmal von Medizinstudierenden operieren lassen würden. Dass das kollektiv eine unbeschreibbar dumme Strategie wäre, ist klar.

Hochschulen werden wir nicht allein bei uns am Institut rückgängig machen können, allerdings spricht überhaupt nichts dagegen, dass unser Institut das informell so handhabt, wie es früher der Fall war. Das würden wir als angemessene Berücksichtigung von Studierendeninteressen sehen.

***Die SOLV geht auf die
Tatsachen ein, dass wir
i) unsere Interessen selbst am
besten kennen, ii) wissen, wie
wir den Studienalltag an unsere
Lebensumstände anpassen
müssen/können und
iii) als Studierende selbst aktiver
Teil des wissenschaftlichen
Erkenntnisprozesses sind – dieser
Punkt wird bei uns am Institut
vielleicht sogar noch stärker
vernachlässigt als die ersten beiden.***

VERTIEFUNG DER MITBESTIMMUNG

Aktuell hat die gesetzlich verankerte Studierendenvertretung max. 33% der Stimmen in offiziellen Gremien (zB zur Gestaltung von Curricula oder Berufungen neuer Professor*innen, etc.). Auch hier fordern wir vorläufig nichts radikales, denn diesen Anteil – für die mit Abstand größte Gruppe an Betroffenen – auf 50% zu erhöhen, ist lediglich ein Zurück zum status quo vor der Bologna-Umstellung der Hochschulen. Diese katastrophalen Gesetze für

VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

PLURALE LEHRE WIRD FORCIERT

- neue Professur für heterodoxe Ökonomie
- mehr marxistische, (post-)keynesianische, feministische und österreichische Ökonomie

FOKUS KÜNFTIG AUF POLITISCHER ÖKONOMIE

- 10 Jahre Krise – was hat sich verändert?
- Wie hängen Ökonomie und Gesellschaft zusammen?

* Wir müssen euch leider enttäuschen, aber solche progressiven Entwicklungen würde das VWL-Institut niemals erlauben. Wenn wir das wollen, müssen wir uns das selbst erkämpfen.



ROTER BÖRSENKRACH

<https://bagrurbk.wordpress.com>



Roter Börsenkrach



universität
wien

Fakultät für
Wirtschaftswissenschaften

MONOTHEISMUS NEOKLASSIK

Polit-Ökonomische Phänomene sind komplex. Wachstum und die es bedingenden Zwänge, das Funktionieren von Märkten und die zu deren Existenz notwendigen Bedingungen, geschlechterspezifische Arbeitsteilung im Kapitalismus oder Krisen sind nur einige Beispiele, denen sich Ökonom_innen widmen können. Diese Phänomene sind allesamt vielschichtig und ihre Dynamiken entziehen sich unserer Erkenntnis, wenn wir nur Fragen zulassen, die einzig einer bestimmten Methodik zugänglich sind. Wenn wir also Ökonomie und Gesellschaft lediglich als das ungeplante Resultat eigennützigen und rationalen (oder weniger rationalen im Falle der Verhaltensökonomie) Handelns verstehen, ignorieren wir gesellschaftliche Strukturen, die eine eigenständige Wirkmächtigkeit besitzen können. Denn selbstverständlich gibt es gesellschaftliche Strukturen, die wir erst einmal vorfinden und die den Rahmen für (individuelle) Handlungen abstecken, die aber (kollektiv) nicht unveränderbar sind. Wir müssen diese Strukturen nicht einzig in der Form von Nebenbedingungen analysieren, sondern können diese explizit zum Untersuchungsgegenstand machen.

Um das an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen:

Die neoklassische Modellierung von Arbeitsmärkten versteht diese als notwendige Erscheinung, die aus dem grundsätzlichen Konflikt in den individuellen Präferenzen zwischen Freizeit und Güterkonsum resultiert. Dabei nimmt sie nicht nur die Existenz solcher Arbeitsmärkte unkritisch als gegeben hin, sondern verabsolutiert sie sogar über Raum und Zeit. Arbeitsmärkte gab es (in dieser ahistorischen Form) demnach eben immer schon.

Auch zu Zeiten von Leibeigenschaft oder Sklaverei als dominantem Produktionsprinzip. Es ist offensichtlich, dass Slav*innen und Leibeigene nicht vor dem Entscheidungsproblem standen, wie viel Arbeit sie am Arbeitsmarkt verkaufen sollen und wie viel Freizeit sie konsumieren sollen. Ebenso klar ist aber auch, dass kapitalistische Märkte nicht ohne Zwänge (und Sozialisationsprozesse) funktionieren können. Der grundlegendste Zwang ist natürlich die Trennung jeglicher zur Subsistenz notwendigen Produk-

Phänomen – Geschlechterdiskriminierung – unerklärt lassen).

In anderen Fällen kann es schlicht nicht von Bedeutung sein, ob oder wie gewisse ökonomische Größen aus individuellen Präferenzen zu erklären sind. Wenn es so etwas wie eine durchschnittliche Sparquote gibt, und der Erklärungsversuch darin besteht, das Verhältnis von Sparen und Investitionen zu benennen, ist nicht klar, warum eine Mikrofundierung dieses Phänomens überhaupt notwendig

Der systemische Ausschluss jeglicher konkurrierender Ansätze aus der akademischen Volkswirtschaftslehre ist nicht vernünftig zu rechtfertigen.

tionsmittel der Arbeiter*innen, die das Überleben erst von Lohnarbeit abhängig macht. Die besonderen Eigentumsverhältnisse im Kapitalismus entfalten also eine eigene Dynamik, die nicht rein auf das Zusammenspiel von freiwilligen, rationalen Entscheidungsprozessen von Individuen zurückzuführen sind.

Ein anderes Beispiel wären gesellschaftlich produzierte Geschlechterkategorien, die Geschlechtern gewisse Verhaltensmuster zuweisen und Individuen dementsprechend sozialisieren. Geschlechterunterschiede (wie den gender wage gap z.B.) dann auf vermeintlich natürliche Differenzen in Präferenzen zu reduzieren (bzw. auf Phänomene auszulagern, die der Theorie exogen sind; wie z.B. Diskriminierung), würde demnach (immer auch) sozial bedingte Präferenzen verneinen und die Notwendigkeit von nicht entlohnter Reproduktionsarbeit für das Funktionieren der Gesellschaft ignorieren (und das zu erklärende

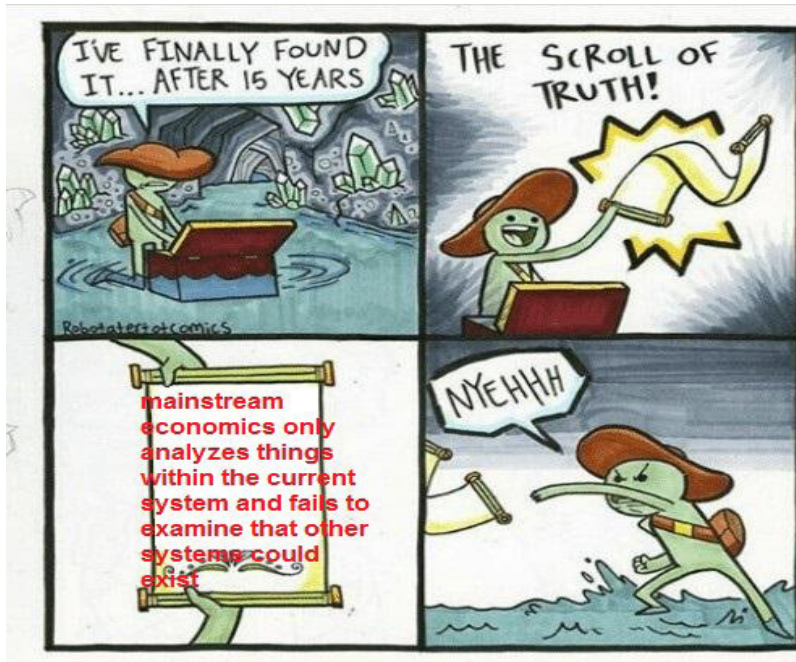
ist. Abgesehen davon, dass das im Rahmen der Neoklassik ohnehin nur alibi-mäßig gemacht wird. Denn es wird schlicht ein „repräsentativer Konsument“ herangezogen, der vermeintlich die aggregierten Präferenzen der Gesellschaft darstellt. Es ist aber eben aus der neoklassischen Mikroökonomie selbst wohl bekannt, dass Präferenzen mitnichten ohne weiteres sinnvoll aggregiert werden können (sofern sie überhaupt für einzelne Individuen sinnvoll sind) – die Existenz eines solchen „repräsentativen Konsumenten“ ist also selbst innerhalb der Neoklassik überhaupt nicht gerechtfertigt.

Dass diese Phänomene (und viele andere) mittels der Neoklassik nicht adäquat erfasst werden können, liegt vermutlich zum Teil daran, dass diese einen universalistischen Methodenanspruch hat. Demnach gibt es die eine Methode (bzw. geringfügig verschiedene Varianten davon) und der Untersuchungsgegenstand hat sich dieser zu fügen. Alles was nicht ins

Schema passt und dieser Methode nicht zugänglich ist, ist vermeintlich unwissenschaftlich. Statt also kritisch zu reflektieren, welche Methoden für welchen Gegenstand angemessen sind und die Methode dem Gegenstand anzupassen, wird das genaue Gegenteil gemacht. Der systemische Ausschluss jeglicher konkurrierender Ansätze aus der akademischen Volkswirtschaftslehre, ist nicht vernünftig zu rechtfertigen. Und das mehr oder weniger unabhängig von der zugrundeliegenden wissenschaftsphilosophischen Position. Denn selbst im Positivismus wäre ein Wettstreit unterschiedlicher Theorien erwünscht, um daraus die vermeintlich beste ausmachen zu können.

Wenn in der Überschrift die Neoklassik also als Monotheismus bezeichnet wird, ist das nicht nur eine Provokation, sondern eben auch Ausdruck einer nicht rational begründbaren, sondern auf Glaubenssätzen basierenden geistigen Monokultur im akademischen Mainstream.

Es besteht natürlich auch noch die Möglichkeit, dass Neoklassiker*innen durchaus wissenschaftstheoretisch die Überlegenheit ihrer Theorien gegenüber allen anderen begründen können und der oben gemachte Vorwurf unhaltbar ist. Die Frage wäre dann aber, warum sie Studierende nicht daran teilhaben lassen? Demnach wäre ja eine philosophische Reflexion der Neoklassik kein Problem, genauso wenig wie die Kontrastierung mit anderen wissenschaftlichen Strömungen und die vermeintliche Dominanz wäre einfach zu demonstrieren...



WIDER DER METHODENVERENGUNG

Unsere Forderung ist also die Etablierung einer pluralistischen Lehre, es muss möglich sein, sich innerhalb eines VWL-Studiums unterschiedliche Zugänge anzueignen. Gleichzeitig muss es aber auch Lehrveranstaltungen geben, die sich mit Wissenschaftstheorie auseinandersetzen, um der Frage nachgehen zu können, was wir von einer wissenschaftlichen Theorie überhaupt erwarten können/sollen. Diskussion unterschiedlicher Methoden und Zugänge sowie philosophische Reflexionen darüber finden sich in Curricula fast aller sozialwissenschaftlicher Studien. Auch hier macht die VWL einmal mehr eine traurige Ausnahme.

Konkret fordern wir:

(Mehr) Lehrveranstaltungen in:

- Marxistischer Ökonomie
- (Post-)Keynesianischer Ökonomie
- Feministischer Ökonomie
- Ökonomie der Österreichischen Schule

- Wissenschaftstheorie und Wissenschaftskritik
- Geschichte ökonomischer Theorien

Die nächste Professur muss ein breites Verständnis in diesen Bereichen haben und sollte für den Themenbereich „Heterodoxe Ökonomie“ ausgeschrieben werden. Hier müssen wir anmerken, dass in Bezug auf diese Forderungen im

Rahmen der Instikon noch weniger auf uns eingegangen wurde als in den übrigen Punkten. Weiters wollen wir hier mit einigen Begriffsverwirrungen aufräumen, die sich auch hartnäckig unter vielen Lehrenden halten.

Unsere Erwähnung der wenigen positiven Beispiele werden als Anlass genommen um eine vermeintlich ohnehin bestehende Heterodoxie am Institut zu konstruieren. Ja, Manfred Nermuth, Konrad Podczek, Peter Rosner und Karl Milford halten immer wieder Kurse die sich dem Label heterodox grob zuordnen lassen. Und ja, Gabriele Michalitsch hält als externe Lehrende auf unseren Vorschlag hin einen Kurs zu Feministischer Ökonomie. Zu beachten ist aber, dass sowohl Karl Milford als auch Peter Rosner pensioniert sind und Manfred Nermuth emeritiert ist und wohl keine langfristige Option sein werden (obwohl wir natürlich hoffen, dass sie möglichst lange bei uns lehren wollen und können). Konrad Podczek steht auch kurz vor seiner Pensionierung und Gabriele Michalitsch hat ihren Lehrauftrag als externe Lehrende alles andere als fix. Langfristig müssen Ressourcen dafür freigesetzt werden und deshalb muss die Berufungs-

politik auch an diesen Forderungen ausgerichtet werden.

Nun aber zu den Begriffen: Auf unsere Forderung nach ökonomischer Theoriegeschichte (History of Economic Thought) wurde eingewandt (Sorger), dass wir mit Marc Goni-Trafach und Stephanos Vlachos bereits junge Leute hätten, die Wirtschaftsgeschichte (Economic History) machen. Das mag zwar stimmen, hat aber nur bedingt etwas mit Theoriegeschichte zu tun. Denn Theoriegeschichte und Wirtschaftsgeschichte sind zwei verschiedene Dinge. Ersteres beschäftigt sich im weitesten Sinne mit der historischen und analytischen Entwicklung der Wissenschaft von der Ökonomie. Also der Entstehung und Aussagekraft der Klassik, dem Übergang zu Neoklassik, dem wissenschaftlichen Bruch durch die Entstehung der Makroökonomie und deren Erklärungskraft, etc. Der zweite dreht sich um eine historische Analyse des Gegenstandes Ökonomie selbst. Wie hat sich also das BIP unterschiedlicher Länder entwickelt, wie sind polit-ökonomische Institutionen entstanden und wie und warum haben sie sich über die Zeit verändert, etc.

Es handelt sich also um zwei intellektuelle Disziplinen mit unterschiedlichen Untersuchungsgegenständen und dementsprechend unterschiedlichen Methoden zu deren Analyse. Auch wenn es Verflechtungen gibt und ein komplementäres Studium beider Disziplinen sinnvoll ist, können wir nicht das eine auf das andere reduzieren.

Zweitens wurden wir in ähnlicher Manier bei der Forderung nach mehr Feministischer Ökonomie darauf verwiesen, dass Christine Zulehner ja bereits Gender Economics unterrichtet. Auch hier werden zwei unterschiedliche Konzepte vermischt. Während sich Gender Economics im ökonomischen

Mainstream mit der Anwendung der konventionellen Methoden auf Fragestellungen von Geschlecht befasst und damit nicht der Heterodoxie zurechenbar ist, ist Feministische Ökonomie ein umfassenderes und diverseres Projekt. Es ist tatsächlich nicht einfach Feministische Ökonomie kompakt zu beschreiben, da das Feld selbst durch eine ziemliche Heterogenität gekennzeichnet ist. Zusammenfassend könnte aber gesagt werden, es handelt sich dabei um den Versuch Ökonomie im weitesten Sinn einer feministischen Kritik zu unterziehen. Dies beinhaltet beispielsweise die Analyse geschlechterspezifischer Arbeit, der bewussten Analyse nicht marktförmiger Arbeit und ähnlichem. Andererseits geht es aber auch um eine feministische Kritik der herrschenden ökonomischen Theorien, beispielsweise durch das Betonen der im Modell des Homo Oeconomicus eingeschriebenen maskulistischen Normen oder der Betonung der gesellschaftlichen Bedeutung und der Analyse von Reproduktionsarbeit.

Demnach ist Feministische Ökonomie ein wesentlich breiteres und kritisches Feld als Gender Economics. Das

bedeutet aber nicht, dass wir eins gegen das andere ausspielen möchten, wir wollen die Möglichkeit haben, beides zu studieren.



VERBESSERUNGEN FÜR STUDIERENDE BESCHLOSSEN*

am Institut für VWL

BEKENNTNIS DER UNI ZUR AUFKLÄRUNG

- Uni wird Faktor zur gesellschaftlichen Emanzipation
- Kritik an traditionellen Denkweisen und Autoritäten

AUFKLÄRUNG HEISST HERRSCHAFTSKRITIK

- Kritik und Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse
- Zwänge (auch Arbeitszwang) werden abgeschafft (Studieren *ohne* Lohnarbeit!)

* Wir müssen euch leider enttäuschen, aber solche progressiven Entwicklungen würde das VWL-Institut niemals erlauben. Wenn wir das wollen, müssen wir uns das selbst erkämpfen.



ROTER BÖRSENKRACH

<https://bagrurbk.wordpress.com>



Roter Börsenkrach



universität
wien

Fakultät für
Wirtschaftswissenschaften

Folgender Abschnitt ist bei uns nicht unumstritten. Bezüglich des Verständnisses kritischer Wissenschaft herrscht kein Konsens, wir befinden uns in einem dynamischen Diskussionsprozess. Gleichzeitig halten wir es für wichtig, auch interne Konfliktlinien nach außen zu tragen.

AUFKLÄRUNG, NICHT HUMANKAPITAL

Die Forderung, Universitäten (und alle anderen wissensproduzierenden Institutionen) ausschließlich an der Vorstellung der Aufklärung auszurichten scheint obsolet, da dies ja ohnehin das vermeintliche Selbstverständnis der Universität zu sein scheint. Warum die Forderung aber alles andere als überflüssig ist, wird deutlich, wenn der Begriff der Aufklärung kritisch untersucht wird, anstatt ihn als bloße Worthülse zur Machtlegitimation zu verwenden. Aufklärung als ein Projekt zur Emanzipation des Menschen, zur Ermöglichung des eigenständigen kritischen Denkens muss selbstverständlich eine Kritik des Bestehenden enthalten (denn worin bestünde sonst die Emanzipation?), eine Kritik traditioneller Denkweisen und Autoritäten. Aber eben auch eine Kritik von gesellschaftlichen Verhältnissen, die diese Denkweisen und Autoritäten ermöglichen bzw. produzieren.

Wissenschaft ist entweder kritisch, oder sie ist es nicht.

Wie ist aber diese Vorstellung von aufklärerischem Denken mit den gängigen Praxen der Hochschul- und Bildungspolitik zu vereinen? Ziemlich wenig. Denn, sofern die Aufgabe von Bildung überhaupt noch in Aufklärung begründet wird, wird ein unkritischer Begriff davon verwendet. Und das

nicht nur von Berufspolitiker*innen in den zuständigen Ministerien, auch von vielen Verantwortlichen an Universitäten. Wenn also die aktuelle Wirtschaftsministerin davon spricht, dass Gymnasien oft am Markt vorbei produziert¹, braucht nicht mehr im Detail ausgeführt zu werden, welche Vorstellung von Aufklärung und Wissen dahinterstehen. Es geht um wirtschaftlich verwertbares, technisches (Produktions-)Wissen, nicht um kritische Denkfähigkeit im Sinne der Emanzipation.

WAS HAT DAS JETZT ABER MIT DER UNI ZU TUN?

Die Argumentation der Wirtschaftsministerin ist offensichtlich der Humankapitaltheorie entlehnt und kommt damit ganz unmittelbar aus dem wissenschaftlichen Mainstream der VWL. Ein gängiges Argumentationsmuster zur Relativierung der Verflechtung unkritischer Wissenschaft und (konservativer) Politik ist, dass die Wissenschaft ja nur anwendbare Theorien entwickelt, die u.U. von Praktiker*innen lediglich falsch (bzw. die falschen Theorien/Modelle ausgewählt wurden) oder zu vereinfacht angewandt werden – demnach müssten die Theorien/Modelle auch um andere ergänzt werden. Damit wird

gesellschaftliche Entwicklung (bzw. Versagen) aus dem akademischen Betrieb und letztendlich aus der Praxis der Aufklärung verbannt. Wissenschaftler*innen haben demnach nur

¹ Siehe hier: <https://derstandard.at/2000092837500/Marktversagen-des-heiligen-Bildungsgrals-Das-Gymnasium-in-Zeiten-der-Bildungspauke>; zuletzt aufgerufen am 2. Jan. 2019

die Funktion von neutralen Berater*innen. Politiker*innen (oder andere Akteur*innen) müssten sich eben aus dem breiten Menü an wissenschaftlichen Theorien eben welche herausuchen, die ihrer Sache dienlich sind. Wenn sie was Kritisches umsetzen wollen, müssen sie sich halt auch an Versatzstücke kritischer Forschungszweige als Ergänzung bedienen (dass kritische Forschungsansätze beispielsweise im ökonomischen Mainstream als nicht-wissenschaftlich delegitimiert werden verschärft das Problem noch).

Diese intellektuelle Arbeitsteilung – bisschen kritisch, bisschen konformistisch – kann aber nicht funktionieren. Wissenschaft ist entweder kritisch, oder sie ist es nicht. Kritische Wissenschaft hat als Objekt ihrer Kritik auch oft gerade dieses unkritische Wissen konformistischer Wissenschaft, Komplementarität ist hier also keine Option.

AUFKLÄRUNG HEISST HERRSCHAFTSKRITIK

Um an das anzuschließen, was weiter oben gesagt wurde: Konformistische Wissenschaft baut auf einem unvollendeten Begriff der Aufklärung auf, einem der sich mit den Verhältnissen (Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat, Antisemitismus, etc.) arrangiert hat. Kritische Wissenschaft hat genau diese Verhältnisse zur Kritik, genauso wie jene Denktraditionen, die diese Verhältnisse aufgrund fehlenden kritischen Selbstverständnisses nicht infrage stellen können.

Die Herrschaftsförmigkeit der Gesellschaft zum Ausgangspunkt der Analyse zu machen, bedeutet notwendigerweise Herrschaftskritik als zentrales Element von Aufklärung zu verstehen. Diese Kritik gibt sich nicht neutral, ihr Ziel ist nicht lediglich ein von außen erlangtes Wissen über

einen unveränderbaren Gegenstand zu produzieren. Ihr Ziel ist die Formulierung einer Kritik ihres Erkenntnisobjekts, die dessen Überwindung ermöglichen soll. Sie ist also in ihrer Praxis darauf aus, Herrschaft abzuschaffen und sich damit letztendlich selbst aufzuheben. Eine kritische Theorie des Rassismus ist also eine, die i) ihren Gegenstand präzise als Herrschafts- bzw. Unterdrückungsverhältnis versteht, ii) die Mechanismen zur Absicherung und Reproduktion dieses Verhältnisses aufdeckt, iii) die Ideologien zur Verschleierung dessen entlarvt – also auch systematische Verzerrungen der Wahrheit in der akademischen Wissenschaft kritisiert² und iv) darauf zielt dieses Verhältnis zu überwinden bzw. aufzuheben und damit letztendlich selbst obsolet zu werden.

...DAS HUMANKAPITAL UND DIE HERRSCHAFT

Was kann also über Theorien wie die Humankapitaltheorie gesagt werden? Wenn sie lediglich zu beschreiben versucht, nach welchen Kriterien Individuen welchen Bildungsweg wählen, macht sie das indem sie die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse unhinterfragt hinnimmt. Sie fragt nicht, welche Zwänge Individuen erst zu gewissen Entscheidungen nötigen. Dass Menschen zwecks ihrer Existenzsicherung zu allen anderen in Konkurrenz stehen, wird aus Moti-

ven des Eigeninteresses abgeleitet, anstatt die Frage zu stellen, welche gesellschaftliche Strukturen dieses Konkurrenzverhältnis erst produzieren. Anstatt also das dominante Organisationsprinzip der modernen Epoche (Konkurrenz) als historisch wandelbar und herrschaftsförmig und damit kritikwürdig zu verstehen, wird es vielmehr ahistorisch ausgelegt. Mehr noch, es wird auf dem höchsten Aggregationsniveau als vorteilhaft konzipiert (Wohlfahrtstheoreme der Mikroökonomie – auf Abweichungen vom Konzept der allgemeinen Gleichgewichtstheorie wird an dieser Stelle nicht eingegangen).

Zusätzlich muss die Verengung des Rationalitätsbegriffs in der Neoklassik in den Blick genommen werden. Er entspricht einer rein instrumentellen Vernunft, beschränkt sich also lediglich auf die "richtigen" Mittel, unabhängig von den zu erreichenden Zielen.

Oder besser gesagt: Für beliebige Ziele. Durch die Entrationalisierung von Zielbestimmungen wird eine rationale Debatte über eine gerechte Gesellschaft zB als vermeintlich unwissenschaftlich und lediglich politisch abgetan. Diese vermeintliche Entpolitisierung, die den sozialen Charakter des Untersuchungsgegenstandes (Wirtschaft und Gesellschaft) aussperrt, ist dabei natürlich nur eine scheinbare. Denn dadurch werden tendenziell die bestehenden Normen und Zielvorstellungen gestärkt bzw. jene gesellschaftlichen Kräfte, die über mehr Macht verfügen, diese zu prägen. Zu der Frage, was ein gutes Leben für alle ist und wie es zu organisieren wäre, schweigt die Neoklassik. Zugespielt könnte auch formuliert werden: Die Neoklassik analysiert auf die gleiche Art und Weise die Frage nach

der optimalen Ressourcenallokation in einer Demokratie, wie auch in einer Diktatur.

Humankapitaltheorien (oder auch Neoklassik im Allgemeinen) haben demnach eine wesentliche ideologische (im Sinne von herrschaftsabsichernde und systematisch wahrheitsverzerrende) Komponente. Denn sie liefern die intellektuellen Legitimationen für das Funktionieren und Ausweiten der bestehenden (kapitalistischen) Verhältnisse.

Humankapitaltheorien (oder auch Neoklassik im Allgemeinen) haben eine wesentliche ideologische Komponente.

2

Konkret bedeutet das, die implizite

Herrschaftslegitimation wissenschaftlicher Theorien, die beispielsweise keinen Begriff von Rassismus haben oder diesen gar versuchen wegzurationalisieren, herauszuarbeiten. Ein einfaches Beispiel einer solchen ideologischen Theorie wäre die klassische Wachstumstheorie, die aktuelle unterschiedliche Wohlstandsniveaus in unterschiedlichen Ländern einzig auf unterschiedliche, vermeintlich natürliche Sparneigungen der Bevölkerung zurückführt. Dementsprechend werden dann stereotype Zuschreibungen vom sparsamen, fleißigen Deutschen und der faulen, mit ihren Ersparnissen zu lasch umgehenden Ausländerin reproduziert. Gleichzeitig wird dann auch noch die ganze grausame Geschichte des Kolonialismus als nicht erklärungskräftig ausgeblendet.

Neulich im
VWL-Studium:

$$Y = \text{[Hand-drawn Die showing 1, 2, and 3 dots]} \cdot F(K, L)$$

Wie im Kapitalismus
Krisen entstehen

Ergebnisoffen und kritisch zugleich

Erwiderung zum Verständnis kritischer Wissenschaft

Im obigen Text wurde kritische Wissenschaft als solche definiert, die einen Beitrag zur Überwindung der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen – zum Abbau repressiver Herrschaftsverhältnisse also – leistet. Ich stimme dieser Ansicht zu und frage daher: Woran lassen sich repressive Verhältnisse erkennen? Wie entdeckt kritische Wissenschaft den Gegenstand ihrer Kritik?

Im Falle von Rassismus etwa ist die Sache klar. Die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe steht einer solidari-schen Gesellschaft gleichberechtigter Menschen im Weg. Die Frage hin-gegen, ob kritische Wissenschaft auch einen Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus leisten muss, ist ungleich schwerer zu beantworten. Ist der Besitz an Produktionsmitteln man-cher und die verrichtete Lohnarbeit anderer schon eine Form von Unter-drückung? Oder sind es die konkreten Bedingungen, unter denen Lohnarbeit verrichtet wird, die entscheiden, ob von der Unterdrückung der Arbei-ter*innen sinnvoll gesprochen werden kann – Lohnhöhe, Kündigungsschutz, Betriebsklima, Arbeitszeit? Zwar hat das dem Kapitalismus eingeprägte Streben nach Profit die Tendenz, un-

terdrückerische Handels- und Arbeits-verhältnisse zu befördern, doch kann dem mittels staatlicher Regulierung oder gewerkschaftlicher Organisation gegengesteuert werden. Wenn man sich jetzt noch vor Augen führt, dass dem Kapitalismus durchaus auch emanzipatorisches Potential inne-wohnt, indem dort, wo der Zugang zu Krediten gegeben ist, der Einzelne in die Lage versetzt wird, eigene Ideen umzusetzen, ohne das Kollektiv der Gesellschaft davon überzeugen zu müssen, wird der Kapitalismus zumin-dest zur ambivalenten Angelegenheit.

Kritische Wissenschaft sollte daher in vielen Fällen ergebnisoffen an ihren Untersuchungsgegenstand heran-gehen und durch ihre Studien dazu beitragen, Stärken und Schwächen der von ihr untersuchten Institutionen

abwägen

zu können.

Davon abge-sehen, sollte sich Wissen-schaft auch „neutralen“ Fragen wid-men können, ohne dass ihr dies als Schwäche ausgelegt wird. So ist etwa die Frage, ob eine kapitalistische Wirtschaft in

der Krise von selbst zur Vollbeschäf-tigung zurückfindet, oder ob es dazu staatlicher Interventionen bedarf, von hoher Relevanz; auch wenn sie sich nicht mit der Notwendigkeit der Überwindung, sondern mit der zweck-mäßigen Ausgestaltung des Kapitalis-mus beschäftigt. Der gesellschaft-liche Missstand den ein derartiges Forschungsprogramm überwinden möchte, ist unfreiwillige Arbeitslosig-keit – ein Zustand, der ebenfalls Menschen an der Umsetzung ihres Potentials hindert und daher einem unterdrückerischen Verhältnis nahe-kommt. Wissenschaft kann in dieser Hinsicht tatsächlich ein bisschen konformistisch und kritisch zugleich sein. Wobei der Konformismus ja nur darin besteht, einen Teil der relevan-ten Fragen offen zu lassen.

***Wissenschaft sollte sich auch
„neutralen“ Fragen widmen
können, ohne dass ihr dies als
Schwäche ausgelegt wird.***

Kritik am Klimadiskurs

Reden wir falsch über das Klima?

Ich möchte mich in diesem Artikel auf einen der meiner Meinung nach wichtigsten Gründe für die globale Hilflosigkeit in Sachen Klimakrise konzentrieren: Den öffentlichen Diskurs, genauer gesagt die Inhalte desselben. In den Medien fallen immer wieder Schlagworte, die als ein Teil der vermeintlichen Lösung für das Klimaproblem dargestellt werden. Häufig handelt es sich hierbei jedoch um wenig glaubhafte Ideen, die den CO₂-Ausstoß höchstens minimal reduzieren würden. Im Folgenden habe ich die am häufigsten im öffentlichen Diskurs vertretenen Ideen zusammengefasst und kritisiert.

GREEN JOBS

Definition: Die Schaffung von sozial- und umweltverträglichen Arbeitsplätzen sowie die Umwandlung bestehender Arbeitsplätze in diese. Eine genaue Definition, was „sozial“ und „umweltverträglich“ in diesem Kontext bedeutet, existiert nicht. Auf der Online-Jobbörse „green-jobs.de“ findet man von Öffentlichkeitsarbeit, Labor-Tätigkeiten bis zum Tierarzt-Beruf eine große Bandbreite an Stellen.

Kritik: Grundsätzlich ist eine sozial und ökologische Neudefinition von Arbeit wünschenswert und notwendig. Ein Problem stellt die Finanzierung dieser Jobs dar: Da sie meistens der Profit-Logik widersprechen, sind sie häufig auf staatliche Gelder angewiesen, die in Zeiten von Wirtschaftskrisen wahrscheinlich wieder aus diesen „unrentablen“ Bereichen abgezogen werden. Außerdem stellen für einen Großteil der Bevölkerung diese Jobs keine Alternative dar, da sie häufig mit hohem Bildungsgrad (kostenintensiv) und der „richtigen“ Herkunft einhergehen. So waren laut einer Studie im Jahr 2014 in den USA nur 16% der Belegschaft von Umweltorganisationen PoC, obwohl diese 38% der Gesamtbevölkerung ausmachen.¹

ÖKONOMISCHE BEWERTUNG DER UMWELT (STERN-REPORT)

Definition: Die vom ehemaligen Weltbank-Chefökonom Niklas Stern bekannt gemacht Idee, die „Kosten“ des Klimawandels ökonomisch festzusetzen und somit die Märkte „rationaler“ zu machen. Einige von euch wird das vielleicht an die STEOP-Vorlesung von Professor Sorger erinnern- es ist quasi der Versuch, die negativen Externalitäten der Produktion dem Preis hinzuzufügen. Es gibt schon einige prominente Versuche, dieses Konzept in die Tat umzusetzen- der bekannteste ist wohl die Einführung des Emissionshandels, die nicht gerade als Klima-Erfolgsgeschichte in Erfüllung gehen wird.

Kritik: Es ist enorm schwierig, die Kosten der Zerstörung unseres Planeten in monetäre Maße zu gießen. Es kann sich hierbei nur um Prognosen handeln, die extrem ungenau sind. Außerdem werden nur ökonomische (!) Kosten berücksichtigt- de facto also ausschließlich der Wertverlust von Kapital. Stern sieht folglich die Verantwortung bei den Kapitalisten, das Klima aus Eigeninteresse zu retten- eine, gelinde gesagt, schwer vorstellbare Zukunftsvision. Soziale Kosten werden überhaupt ausgeblendet- der Kostenanstieg von Verschmutzung bedeutet beispielsweise unausweichlich, dass reichere Menschen auch mehr verschmutzen dürfen. Wie für Mainstream-Ökonomen üblich, glaubt Stern an die magischen Kräfte des Marktes, die dieses Problem unter den richtigen Rahmenbedingungen von allein lösen. Grundsätzlich ist eine Inwertsetzung der Natur auf jeden Fall abzulehnen!

¹ Dorceta E. Taylor : „The State of Diversity in Environmental Organizations“, 2014
https://orgs.law.harvard.edu/els/files/2014/02/FullReport_Green2.0_FINALReducedSize.pdf

INNOVATION ALS ZAUBERMITTEL

Definition: Ein häufiges Argument von Liberalen und Konservativen in der politischen Klima-Diskussion. Einem unzerstörbaren Fortschrittsglauben (des Kapitalismus) verpflichtet, vertreten diese die Meinung, dass sich das Klima-Problem durch naturwissenschaftliche Erfindungen und Verbesserungen lösen ließe. Häufig wird im Zuge dessen mehr Geld für den Forschungs- und Entwicklungsbereich gefordert.

Kritik: Naturwissenschaftliche Erfindungen und Entdeckungen haben zweifelsohne die Entwicklung der Menschheit zu einem bestimmten Teil geprägt. Es darf allerdings bezweifelt werden, wie sehr sie als Lösung für die voranschreitende Erderwärmung gesehen werden können, wenn man diese vor allem als gesellschaftliches Problem sieht. Jede Innovation findet außerdem im Rahmen gesellschaftlicher Bedingungen statt- so hat die Erfindung der Dampfmaschine allein die Lebensbedingungen für große Teile der Bevölkerung nicht verbessert-erst geänderte gesellschaftliche Bedingungen ermöglichten, dass sie in den Genuss der Vorteile kommen konnten. Im Kapitalismus orientieren sich Innovationen größtenteils am Profitstreben- es sind jene Erfindungen gesellschaftlich prägend, die auch profitabel sind-nicht unbedingt jene, die den größten gesellschaftlichen Nutzen mit sich bringen. Aber wie weit nützt Innovation dann im Kampf gegen den Klimawandel? Wie schon bei der Bewertung der Natur steckt hier implizit die Annahme drin, dass der Markt mit seinen permanenten Innovationsbestrebungen das Problem lösen kann.

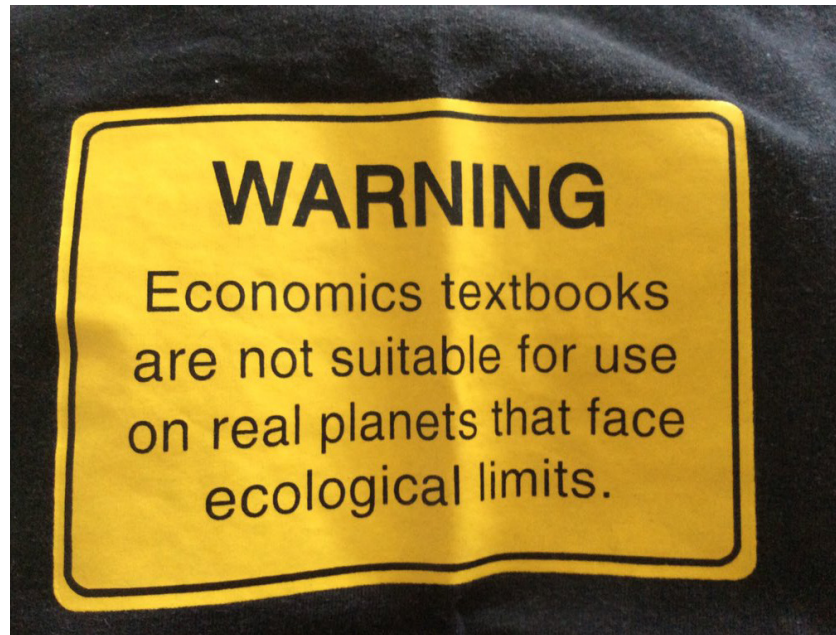
DIE KONSUMENT*INNEN KAUFEN GRÜN

Definition: Klar- schuld sind diejenigen, die die schmutzigen Produkte kaufen! Mehr Umweltbewusstsein sowie mehr und billigere umweltfreundliche Produkte am Markt führen zu Verschiebungen der Nachfrage, sodass sich „grünes“ Produzieren auszahlt.

Kritik: Es ist eine bewährte Methode, westliche Konsument*Innen für globale Probleme verantwortlich zu machen- zum Beispiel ist dieses Argument häufig in Diskussionen über die Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern zu hören. Allgemein ist es schwer, gesellschaftliche Probleme als moralisches Versagen zu begreifen- es sind nicht wir als Individuen, die das Klima ruinieren, sondern das System. Natürlich ist es wünschenswert, wenn sich große Teile der Bevölkerung umweltbewusst

verhalten- zum Beispiel die Anzahl ihrer Flugreisen reduzieren. Dies kann aber niemals allein das Klimaproblem lösen, wenn 70% der Emissionen von den 100 größten Unternehmen der Welt verursacht werden! Weiters kann sich nur ein minimaler Anteil der globalen Bevölkerung diese Produkte leisten bzw. auf

bestimmte Dinge (z.B. ein Auto) verzichten. Mehr Umweltbewusstsein von Leuten zu fordern, die es sich nicht leisten können, ist schlichtweg zynisch.



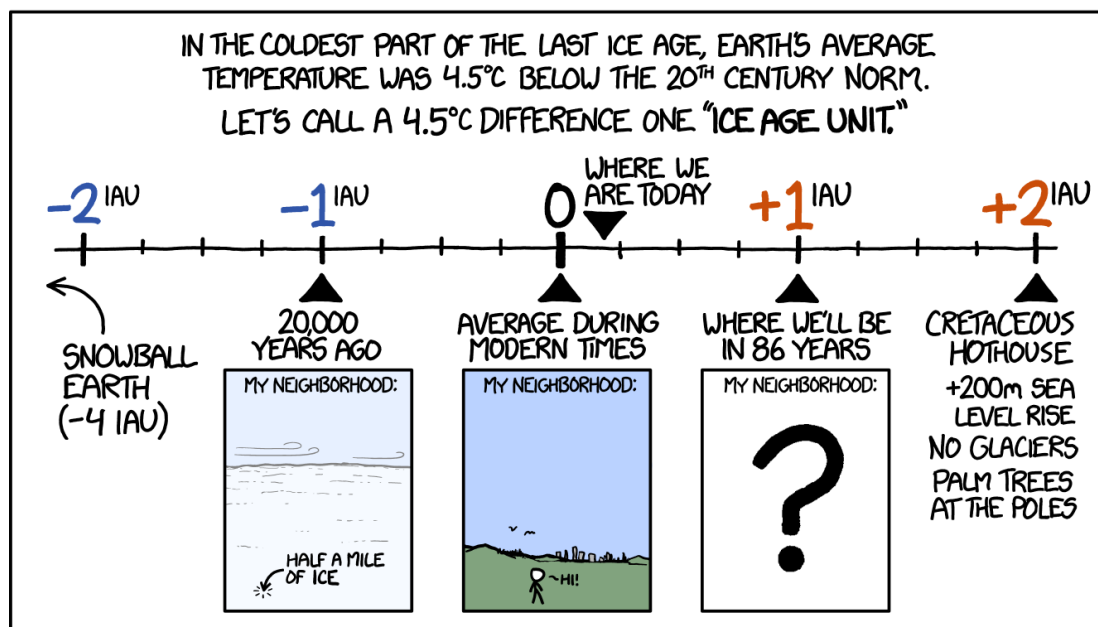
Sehr pessimistischer Blick. Welche Maßnahmen könnten denn tatsächlich helfen?

Ein wichtiger Schritt wäre die öko-soziale Steuerreform, die in der letzten Zeit auch präsenter in den Medien wurde. Öko-sozial bedeutet die Besteuerung von umweltschädigenden Produkten und Dienstleistungen (z.B. Benzin) bei gleichzeitiger Entlastung in anderen Bereichen (z.B. Arbeit) und zusätzlichen Fördermaßnahmen (z.B. Ausbau des öffentlichen Verkehrs). Im Gegensatz zu Macrons einseitiger Kraftstoff-Steuer wäre dies eine Maßnahme, die die Ungleichheit nicht noch mehr verstärkt, sondern im Idealfall sogar in die entgegengesetzte Richtung wirkt. Doch dies kann nur der Anfang einer tiefgreifenderen Änderung in unserem Wirtschaftssystem sein: Es braucht eine langfristige Zielkorrektur weg von der Profitorientierung, hin zu dem grundlegendsten Bedürfnis der Menschheit: Überleben.

Werden wir aktiv, diskutieren wir, erkennen wir die grundlegenden Probleme in der Klimakrise: Nur so werden wir auch langfristige Lösungen für unser Fortbestehen finden.¹

WITHOUT PROMPT, AGGRESSIVE LIMITS ON CO₂ EMISSIONS, THE EARTH WILL LIKELY WARM BY AN AVERAGE OF 4°-5°C BY THE CENTURY'S END.

HOW BIG A CHANGE IS THAT?



https://imgs.xkcd.com/comics/4_5_degrees.png

¹ (Quelle: Broschüre System Change Not Climate Change, 2015, http://www.ftwatch.at/wp-content/uploads/2015/09/SCNCC_final_web.pdf)

Untersuchung des “Handbuchs freiheitlicher Politik” der FPÖ auf antifeministische und ‘antigenderistische’ Positionen

In diesem Essay wird der Versuch unternommen, das “Handbuch freiheitlicher Politik”, Kapitel 4 “Familie und Generationen” in Hinblick auf antifeministische und ‘antigenderistische’¹ Inhalte bzw. Argumentationsmuster zu analysieren. Relevanz gewinnt diese Aufgabe u.a. dadurch, dass die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) seit Dez. 2017 Teil der Bundesregierung ist, in mehreren Landesregierungen sitzt und knapp 30% der Mandatar_innen im Nationalrat stellt². Des Weiteren gilt dieses vom FPÖ-Bildungsinstitut herausgegebene Handbuch als “Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger” (Titelblatt), sprich als Handlungsanleitung oder zumindest -orientierung für Politiker_innen der FPÖ, die wie angedeutet über signifikanten polit. Einfluss verfügen und mit ihren Entscheidungen Lebensbedingungen entscheidend mitprägen. Aufgrund einiger Vorwürfe³, dass die

*“Radikale Feministinnen wollen die Frau von der ‘Bürde des Kinderkriegens’ ... befreien”
(Handbuch freiheitlicher Politik, S. 136)*

FPÖ dezidiert antifeministisch (bzw. ‘antigenderistisch’) sei, möchte ich dies anhand des Handbuchs untersuchen.

“Familie und Generationen” (Kapitel 4, S. 131- 138)

Nach der Lektüre und Analyse des Kapitels lassen sich mehrere antifeministische und ‘antigenderistische’ Argumentationsmuster (Maihofer & Schutzbach 2015, S. 204ff; Mayer & Sauer 2017, S. 29ff, Rosenbrock

mus-in-der-fpoe und <https://www.oeh.univie.ac.at/zeitgenossin/gleichwertig-aber-nicht-gleichartig> (abgerufen am 11.12.2018)

2012, S. 59ff) feststellen. Erstens fällt auf, dass Feminismus (implizit) und Gender-Theorie konkret nicht in ihrer Differenziertheit (Lorber 1997) wahrgenommen, geschweige denn dargestellt werden, sondern verallgemeinernd von “‘IdeologInnen’ der Gender- Theorie” oder “Hüter[n] des Gender Mainstreamings” (Handbuch, S.135) gesprochen wird. In anderen Worten: Es entsteht das Bild eines homogenen Feminismus bzw. homogener Gender Studies. Umso schwerer fällt diese Vereinfachung ins Gewicht, wenn auf S. 136 explizit “[r]adikale US-amerikanische Feministinnen” genannt werden, die laut Handbuch “die Frau von der ‘Bürde des Kinderkriegens’ ... befreien” wollten.

1 In Anlehnung an Maihofer & Schutzbach 2005 setze ich ‘antigenderistisch’ in halbe Anführungszeichen, da es sich um eine Zuschreibung handelt.

2 <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/SITZPLANNR/index.shtml> (abgerufen am 11.12.2018)

3 z.B. https://www.vice.com/de_at/article/3bygj8/frauenbild-und-antifeminis-

Wenn nun undifferenziert Feminismus angeklagt und einzig die radikalsten Positionen offen dargelegt werden, kann m.E. der Eindruck vermittelt werden, es gäbe "den Feminismus" oder "die Gender Theorie" mit diesen (hier: radikalen) Zielen. Das wird den fem. Anliegen nicht gerecht. (Lorber 1997)

Eine weitere Auffälligkeit ist, dass das Handbuch Gender Theorie und praktische Umsetzungen davon wie "Gender Mainstreaming" als allmächtiges Elitenprojekt darstellt, welches sowohl Männern als auch Frauen gegen deren Willen und gegen deren "Natur" aufoktroiert werde: Zu Beginn des Kapitels heißt es: "Das politische Bestreben muss es sein, deren [Anm.: Frauen] Situation zum Besseren zu verändern, nicht aber das geschlechtsspezifische Verhalten durch Beeinflussen, Gängelung und Zwang zu verändern, ja sogar zu unterdrücken." (Handbuch S. 131, Hervorhebung M.T.) und weiters, dass "es dabei [Anm.: Kindererziehung] nicht zu einer Unterdrückung der Geschlechterrollen kommen [soll]"

tisch-leninistischen Kaderpartei", die damals versucht habe, ihren "historischen Auftrag" zu verschleiern, um versteckt an das ideologische Ziel zu gelangen. (Ebd., S. 136) Heute betrieben das "'TheoretikerInnen' des 'Gender Mainstreams' als 'hidden agenda'." (Ebd.) Am Ende, so heißt es weiter, "soll die Zerstörung der Identitäten ... erreicht werden." (Ebd.) Letztlich handle es sich bei Gender Mainstreaming um ein politisches Programm, "das von der Mach- und Formbarkeit des Menschen durchdrungen und somit ein totalitärer Denkansatz ist." (Ebd., Hervorhebung M.T.) M.E. ist zu kritisieren, dass es vollkommen unplausibel, im besten Fall unklar erscheint, was die Umsetzung von "Gender Mainstreaming" mit der Organisation, Funktionsweise und Arbeit der "marxistisch-leninistischen Kaderpartei" (eine Definition dieser bleibt der Text ebenfalls schuldig) zu tun hat. Mir scheint, als würde hier der Versuch unternommen, Gender Mainstreaming zu diskreditieren, indem es mit dem eher negativ konnotierten

(Walby 2005, S. 321) In Hinblick auf das Verständnis des Menschen als mach und formbar würde Gender Mainstreaming wohl soweit zustimmen, als dass darunter die Wandelbarkeit des Menschen und seine Beeinflussung durch die soziale Umwelt gemeint ist. (Ebd.)

Das Handbuch hingegen suggeriert hier erneut, dass es bei Gender Mainstreaming darum gehe, "top-down", deswegen wohl die Bezeichnung "totalitär", Menschen eine gewisse Art des Lebens aufzudrängen, um damit das Bild einer allmächtigen Gender-Theorie samt "hidden agenda" zu zeichnen.

Allen bisher vorgebrachten freiheitlichen Positionen liegt die Überzeugung zugrunde, "dass die biologische Determiniertheit von Mann und Frau anzuerkennen ist, grundsätzlich positiv ist" (Handbuch, S. 135) Durch diese biologistische Behauptung findet nicht nur eine Abwertung des Genderbegriffs/-konzepts statt, sondern dessen fundamentale Ablehnung, nachdem Geschlechtsidentitäten wie beispielsweise "Mann", "Frau", "queer" als sozial konstruiert verstanden werden, also dezidiert nicht notwendigerweise mit dem biologischen Geschlecht⁴ korrespondieren müssen. (Goffman 1977, S. 301-3; West & Zimmerman 1987, S. 127) Im Anschluss heißt es weiter im Handbuch, dass "weder Mutter- noch Vatersein ein Konstrukt oder eine gesellschaftlich oktroyierte Inzenierung sein kann." (Handbuch, S. 135) Dass Gender

Mainstreaming abgelehnt wird, weil dadurch die "Auflösung der Familie" folgt (Ebd.) und dass die "Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit

4 Spätestens seit Butlers Gender Troubles (1990) wird z.T. auch die Auffassung vertreten, dass das "biologische Geschlecht" ebenfalls auf eine soziale Konstruktion zurückzuführen wäre.

Gender Mainstreaming ist ein politisches Programm, "das von der Mach- und Formbarkeit des Menschen durchdrungen (ist) und somit ein totalitärer Denkansatz" (Handbuch freiheitlicher Politik, S. 136)

(Ebd., Hervorhebung M.T.) Die Sprache verschärft sich im Unterkapitel 4.1.11 "Gleichberechtigung statt ideologischer Geschlechtsumwandlung", in dem u.a. kritisiert wird, dass Gender Mainstreaming im "Top-Down-Prinzip durchgepeitscht werden" (Ebd., S. 135ff) soll. Es folgt das Postulat: "Diese Strategie [des Top-Downs] findet ihren Ursprung im Wesen der marxis-

"Marxismus-Leninismus" in Verbindung gebracht wird. Weiters argumentiert der Text an keiner Stelle, inwiefern das Ziel der "Zerstörung der Identitäten" vonseiten der Vertreter_innen von Gender Mainstreaming verfolgt werde. Gender Mainstreaming will mit dazu beitragen, dass Menschen ihre unterschiedlichen jeweiligen Identitäten in Anerkennung frei ausleben können.

gemeinsamen Kindern ... die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft" ist, die die "Zukunftsfähigkeit" (Ebd., S. 131) dieser garantiere. Durch diese Ausführungen verknüpft das Handbuch die Vorstellung einer "natürlichen" (heterosexuellen) Zweigeschlechtlichkeit mit einem Ideal von Familie aus Mutter, Vater, Kind(er), die für das Fortbestehen ("Zukunftsfähigkeit") der Gesellschaft essentiell wäre. Dies stellt ein weiteres zentrales 'antigenderistisches' Argumentationsmuster dar. (Maihofer & Schutzbuch S. 205) Schluss Im "Handbuch freiheitlicher Politik" finden sich mehrere eindeutige Merkmale eines antifeministischen und 'antigenderistischen' Argumentationsschemas wie die undifferenzierte Darstellung feministischer Positionen, die Verunglimpfung der Gender Theorie als allmächtiges Projekt, das Männern und Frauen aufgezwungen werde sowie die Vorstellung von der "natürlichen" Binarität der Geschlechterverhältnisse und der biologischen Determiniertheit von "Mann" und "Frau".

***“... Familie als
Gemeinschaft von Mann und Frau mit
gemeinsamen Kindern
(ist) die natürliche
Keimzelle und Klammer für eine
funktionierende Gesellschaft.”
(Handbuch freiheitlicher Politik, S. 131)***

Referenzen: www.fpo.ee.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf (Abgerufen am 12.12.2018);
http://www-a.ibt.uni-oldenburg.de/bisdoc_redirect/publikationen/bisverlag/unireden/ur97/kap1.pdf (Abgerufen am 12.12.2018);
 Goffman, Erving. (1977) *The Arrangement between the Sexes*. In: *Theory and Society*, Vol. 4, No. 3. pp. 301-331;
 Maihofer, Andrea und Schutzbach, Franziska. (2015) Vom Antifeminismus zum 'Anti-Genderismus' - Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. pp. 201-217.;
 Mayer, Stefanie und Sauer, Birgit. (2017) "Gender ideology" in Austria: Coalitions around an empty signifier. In: *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. pp. 23-40;
 Lorber, Judith. (1997) *The Variety of Feminisms and Their Contributions to Gender Equality*. In: *Oldenburger Universitätsreden*, Vol. 97. pp. 1-45;
 Rosenbrock, Hinrich. (2012) Die Hauptideologien der Männerrechtsbewegung: Antifeminismus und männliche Opferideologie. In: *Die Maskulisten: organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum*. pp. 58-78;
 Walby, Sylvia. (2005) *Gender Mainstreaming: Productive Tensions in Theory and Practice*. In *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Volume 12, Issue 3. pp. 321-343;
 West, Candace und Zimmerman, Don H. (1987) *Doing Gender*. In: *Gender and Society*, Vol. 1, No. 2. pp. 125-151

leftycartoons.com

FREE MARKET MAN

By Barry Deutsch

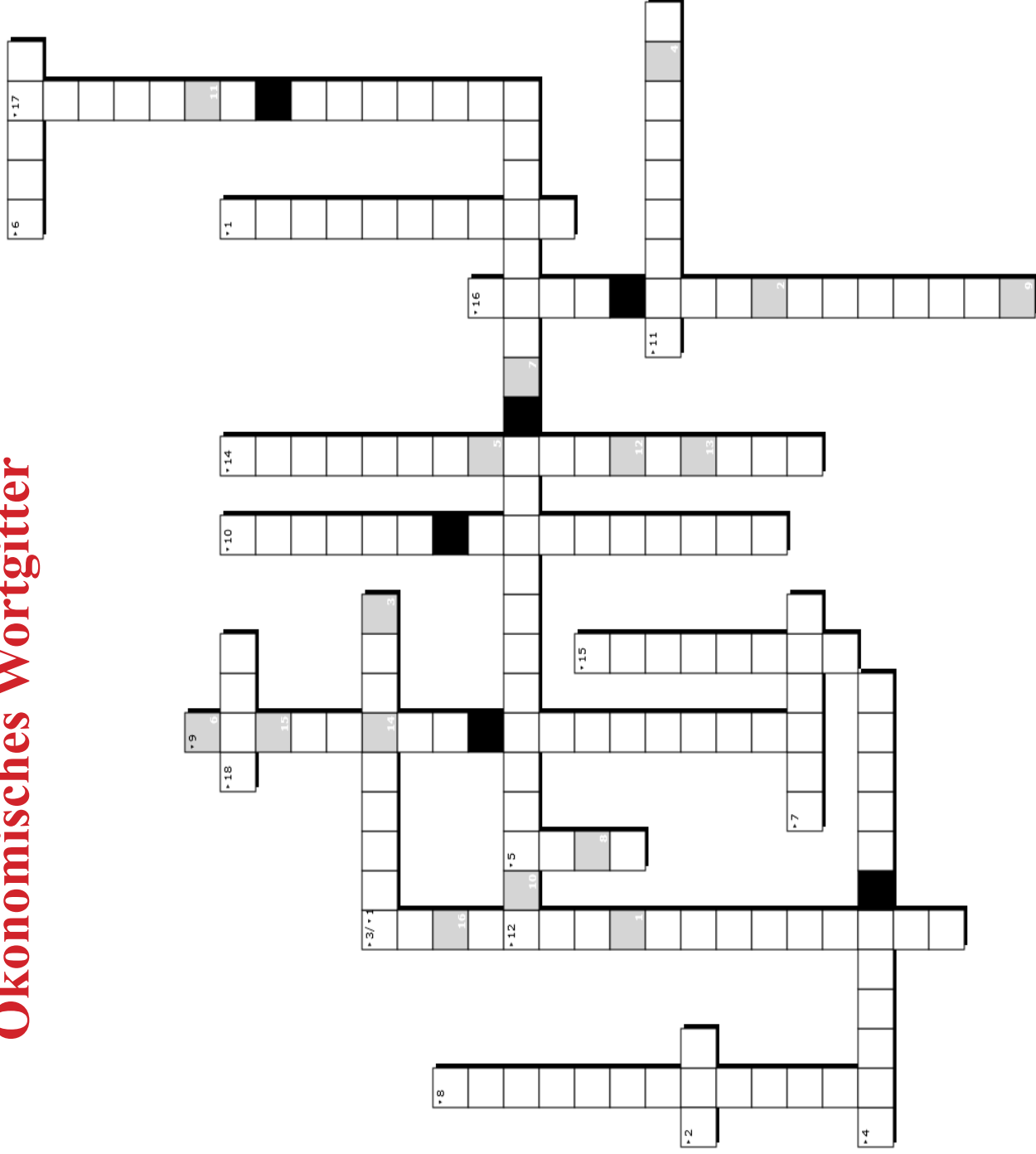
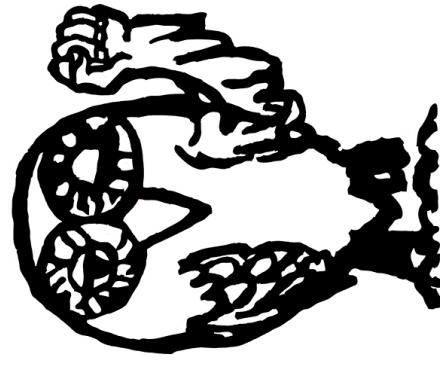
"HEALTH CARE ADVENTURE"



SUPPORT THESE CARTOONS AT PATREON.COM/BARRY

Ökonomisches Wortgitter

1. Zuordnung
2. Größte Volkswirtschaft
3. Gesamtrente
4. Monopol Maß
5. Ökonom geboren am 5. Mai 1818
6. Österreichischer Ökonomie Nobelpreisträger
7. Begründer der österreichischen Schule der Nationalökonomie
8. Funktion welche den Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosenquote beschreibt
9. Lösungskonzept in der Spieltheorie
10. Forschungsfeld welches die ökonomischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen untersucht
11. Wo man laut Monika Merz Marxismus studieren kann
12. Forschungsfeld das nachteilige ökonomischen Rahmenbedingungen für Frauen untersucht
13. Hat zwei Hauptsätze
14. Schneiden sich nicht
15. Bevor man Nullsetzt muss man
16. Optimiert gerne und ist einsam
17. Machen Gleichgewichte ineffizient
18. Kann unsichtbar sein



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>